
FORUM: Solidarität in einer entsolidarisierten Gesellschaft

Ulrich von Alemann:
Solidarier aller Parteien - verschont uns!
Eine Polemik

Prof. Dr. Ulrich von Alemann, geb. 1944 in Seebach/Thüringen, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und des Staatsrechts in Münster, Köln, Bonn und Edmonton/Kanada, lehrt Politikwissenschaft an der FernUniversität Hagen.

I.

Zugegeben: Ich will Streit anfangen. Und das über eine heilige Kuh, die Solidarität. Denn ich kann es einfach nicht mehr ertragen. Die Sache an sich sicher - sie ist weiterhin aller Ehren wert -, aber das Wort ist bis zur Unkenntlichkeit abgegriffen. Die ehemals heilige Kuh der Arbeiterbewegung hat ihre eingezäunte Weide verlassen, steht überall herum und glotzt einen mitleidheischend an: Seid solidarisch, bitte! Man kommt nicht an ihr vorbei, hupen

darf man nicht, sonst setzt es grünen Spinat oder wütenden Protest aller gläubigen Gutmenschen.

Solidarität wird unablässig eingeklagt: Nach innen - auf jedem Parteitag, Gewerkschaftskongreß, Kirchentag oder jeder Verbandstagung - wird sie ständig beschworen, besonders wenn die Delegierten zu kritisch diskutieren. Nach außen wird sie überall gefordert: Nach vorne, um zukünftige Generationen oder wenigstens die Jugend solidarisch zu behandeln, zurück zu den Senioren gewandt, zur Seite mit dem jeweils anderen Geschlecht, neuerdings „die andere Solidarität“ genannt, nach Süden mit den armen Brüdern und Schwestern der Dritten Welt, nach Osten erst recht mit allen Opfern des Kommunismus und auch nach Norden mit den Robbenbabys und überhaupt um uns herum mit Mutter Natur und ihrer Familie (gegenüber Bruder Hase und Schwester Ameise, Tante Heide und Onkel Wald), und endlich auch nach oben mit der schwindenden Atmosphäre ist Solidarität einzuüben.

Solidarität in uns, um uns und um uns herum. Gibt es denn nirgends ein solidaritätsfreies Plätzchen? Das klingt inzwischen wie die Funktionsmusik in Kaufhäusern und Hotels, die einen bis aufs Klo verfolgt.

Auf den Begriff Solidarität, so inhaltsleer, wie er derzeit ist, gehört der grüne Punkt. Er kennzeichnet bekanntlich Verpackungsmüll — weg damit in die gelbe Tonne, in das duale System. Vielleicht kann man ihn ja recyceln - ich war eine Blechdose der alten Arbeiterbewegung -, oder auch verschiffen in die Dritte Welt. Aber auch die braucht keine entleerten Begriffe, sondern konkrete Sachen mit Inhalt.

Begriffe verbrauchen sich, nutzen sich ab, werten sich um, werden umgewandelt und abgewertet. Sie leben: Und deshalb dürfen sie auch sterben, erlöst nach langer Bedeutungsschwindsucht. Die staatliche Verordnung von Solidarität hat dem Begriff endgültig den Todesstoß gegeben. Solidarität übt jetzt endlich jeder Steuerzahler. Denn sie erscheint als steuerliche Zwangsabgabe zur Finanzierung der deutschen Einheit monatlich auf unserem Gehaltszettel. Eine schöne Solidarität. Nicht freiwillige Zuwendung aus Nächstenliebe oder gar politischer Überzeugung, sondern Zwangsabgabe an den Fiskus nach dem Motto: „Und bist Du nicht solidarisch, dann kommt der Vollstrecker“.

Unsohdarisch sein, wie schrecklich, Entsolidarisierung, noch schlimmer. Aber der Gipfel ist die Solidaritätsverweigerung. Das Wort gibt es tatsächlich. Im CDU-Grundsatzprogramm wird - natürlich in erster Linie an die Adresse der SPD-regierten Länder - gedroht: „Länderegoismen und Solidaritätsverweigerung zwischen Bund und Ländern sowie der Bundesländer untereinander widersprechen unserem Verständnis der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands“.

Ach, Solidarität, wie bist Du so heruntergekommen, niedergekommen als Spottgeburt des Steuerstaates. Gezeugt auf den Barrikaden der bürgerlichen

Revolutionen mit dem Kampfruf: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Geprägt von den Frühsozialisten aus *solidaris*, d. h. für das Ganze einstehen nach dem Motto: „Alle in einem Boot“, oder auch „Einer für alle, alle für einen“. Aber diese schönen Sprüche lassen sich genauso mißbrauchen. Sie sind so wahr wie „Der Mensch im Mittelpunkt“.

Die Solidaritätsdröhnung, der wir alle heute ausgesetzt sind, ist so stark, daß ich nur raten kann: Seid auf der Hut, wenn dieses Wort fällt. Denn es könnte sein, daß Ihr nur diszipliniert werden sollt, oder zumindest zur Kasse gebeten.

Die allzeit solidarisch Betroffenen feiern derweil ihre Solidaritätsfeten, trinken Soli-Kaffee mit braunem Soli-Zucker und fühlen sich gut. Endlich konkret sein. Etwas tun. Nicht nur Solidarität skandieren wie die K-Gruppen: „Hoch-die-internationale-Solidarität!“ Ist das aber genug? Ist Solidarität nicht eigentlich verfassungsfeindlich? Man schau nach in den alten Schriften der verblichenen DDR: Die Solidarität, die hatten sie gepachtet! Bestand doch die ganze Täterä aus Solidarität.

„Die Solidarität ist ein Grundprinzip der Arbeiterklasse und aller progressiven Kräfte“ definierte das „Kleine politische Wörterbuch“ der DDR von 1978. Aber es kommt noch besser: „Nur in fester Solidarität - und der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei - ist es der Arbeiterklasse möglich, ihre historische Mission zu erfüllen. (...) Die internationale Solidarität der Arbeiterklasse beinhaltet den brüderlichen Zusammenhalt der revolutionären Abteilung eines Landes mit der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung.“ Usw., usw. bis zum proletarischen Internationalismus, in dessen Namen von den Bruderparteien solidarisch der Ungarn-Aufstand 1956 niedergeschlagen und der Prager Frühling des demokratischen Sozialismus 1968 mit Panzern solidarisch niedergewalzt wurde.

II.

Als verhängnisvoll erwies sich insbesondere die Ehe der Subsidiarität aus der katholischen Soziallehre mit der Solidarität aus der sozialistischen Arbeiterbewegung, gerade auch in deutschen Parteiprogrammen. Damit wurde die ursprüngliche Klarheit des alten Begriffs Solidarität endgültig zugehängt. Keiner weiß Bescheid, aber alle erschauern, weil es etwas sehr Gutes sein muß.

So erscheint es aus der sozialdemokratischen Tradition noch einigermaßen plausibel, daß der Solidaritätsbegriff im SPD-Programm oft auftaucht, da er auch die drei Grundwerte beschließt: „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus“. Aber muß der Begriff Solidarität im Grundsatzprogramm von 1989 gleich 34 mal erscheinen?

Das Grundsatzprogramm der CDU von 1994 will da nicht nachstehen. Es übertrifft die SPD sogar deutlich: 43 mal wird der Begriff Solidarität genannt.

Das ist kein Wunder, denn die CDU hat die Grundwerte der SPD adaptiert: „Grundlage und Orientierung unseres politischen Handelns sind das christliche Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“. Und weiter heißt es in den Programmen: „Solidarität heißt füreinander da sein, weil der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind. Solidarität ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen und folgt aus dem Gebot der Nächstenliebe. Ihren ethischen Maßstab gewinnt sie aus der Würde des Menschen. Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln. Solidarität muß deshalb vor allem den Menschen gelten, die ihre Rechte nicht selbst vertreten können.“

„Ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft. Solidarität ist zugleich Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht und Konsequenz aus der Einsicht, daß der Mensch der Mitmenschen bedarf. Wir können als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander eintreten und die Freiheit des anderen wollen. Wer in Not gerät, muß sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können.“

Klingt gut und ziemlich gleich. Das ist vielleicht auch gut so, daß unsere beiden Volksparteien sich grundwertlich so einig sind. Man muß schon näher hinschauen, um zu erkennen, daß das erste Zitat von der CDU, das zweite von der SPD stammt. Immerhin: Im SPD-Programm steht der schöne Satz „Als Freie und Gleiche miteinander leben“ - das ist doch eine reale Vision, nach der sich streben läßt. Solche Formulierungen sind konkretere Utopien als das ständige Soli-Gesülze.

III.

Die kleinen Parteien im Bundestag - CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS - halten sich mit dem Solidaritätsbegriff gegenüber den großen Volksparteien deutlich zurück. Das hat unterschiedliche Gründe.

Die CSU hat in ihrem voluminösen Programm ihre eigenen, eigenartigen Grundwerte, nämlich „Personalität, Subsidiarität, Solidarität“. Auch sie setzt auf Solidarität, wenn auch eher beiläufig, und widmet ihr immerhin 23 Erwähnungen, aber in einem fast dreimal so starken Programm gegenüber den beiden großen Parteien. Die relative Solidaritätsdichte (gemessen in S als Proportion des Gesamtvolumens P) ist also deutlich schmaler. Statt dessen wird die Subsidiarität öfter betont - ganz in der Tradition der katholischen Soziallehre.

Bei den drei übrigen Parteien sind nur Spuren des Solidaritätsbegriffs erkennbar. Bei den Grünen gibt es viele Teilprogramme aber kein aktuelles Grundsatzprogramm, nur einen schmalen „Grundkonsens“ von 17 Seiten, der 1993 zur Vereinigung mit Bündnis 90 verabschiedet wurde. Solidarität taucht hier nur viermal auf, zweimal im internationalen Kontext, zweimal im Zusammenhang mit Menschenrechten („Solidarität mit den Betroffenen“) und ein-

gangs die „aktive Solidarität“. Das ist ein notwendiges Adjektiv, weil der Solidaritätsappell allein kernen Hund mehr hinter dem Ofen vorlockt.

Auch die FDP besitzt kein aktuelles repräsentatives Grundsatzprogramm, sondern nur einen „Karlsruher Entwurf - für die liberale Bürgergesellschaft“. Wie nicht anders zu erwarten, geizt man hier mit dem Wort Solidarität. Nur sechsmal tritt es auf, zunächst zweimal im negativen Kontext („Solidarität und Mitmenschlichkeit verkommen zu bürokratischen Dienstleistungen“). Aber immerhin heißt es später „die Solidarität mit Schwächeren in der Gesellschaft ist eine Forderung des Liberalismus, denn Freiheit bedeutet auch die Chance zur Wahrnehmung von Freiheit.“ Was auch immer das konkret heißen mag.

Trotz der zaghaften Referenz der FDP an wenigen programmatischen Stellen an den ehrwürdigen Begriff der Solidarität kann man bilanzieren: Solidarität, für die FDP kein Thema. Im Gegensatz zu den anderen gibt es bei der FDP aber kein Äquivalent, ob Subsidiarität wie bei der CSU oder soziale Gerechtigkeit bei den Grünen. Die „Vier Fundamente für den modernen Liberalismus“ kommen ohne „Sozialklimbim“ aus, wie das die Leistungsträger und Besserverdienenden gerne nennen. Sie heißen „Verantwortung, Vielfalt, Fortschritt und Zukunftsverträglichkeit“. Klingt cool - oder nur einfach kalt? Mich friert dabei.

Die PDS schließlich, ja, auch sie ist eine im Bundestag vertretene Partei, kommt mit sparsamen sechs Solidaritätsstellen in ihrem Programm aus, das vollmundig postuliert: „Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind.“ Im übrigen besteht das Programm aus zahlreichen Spiegelstrichaufzählungen, die alles versprechen und fordern, was irgendwie links und jedenfalls teuer ist.

IV.

Was lernen wir nun aus der Solidaritätsprogrammatik der Parteien für die gewerkschaftliche Grundsatzdebatte? Kein Zweifel: Den Bedeutungskern von Solidarität brauchen wir heute und morgen dringender denn je, wenn es heißt, freiwilliges Einstehen für andere, Abbau von Privilegien, soziale Gerechtigkeit. Aber ich bin mißtrauisch gegenüber Begriffen, die alles Gute dieser Welt vorgeben, wie „Der Mensch in Mittelpunkt“. Meine These lautet: Verschont uns mit den immer gleichen Passepartout-Begriffen. Programme, werdet wesentlich! Natürlich fordert Euch jeder Provinzleitartikler die Vision ab. Fallt nicht darauf rein! Die großen Weltverbesserungsprogramme werden dieselben Kommentatoren dann als unverbindliches Politik-Geschwafel abkanzeln. Nüchterne Analysen der Gegenwart, klare Forderungen, konkrete Leistungen, das wollen die Menschen hören.

Der DGB hat gut daran getan, in seinem Entwurf eines Grundsatzprogramms den Solidaritätsbegriff sparsam zu verwenden: Er taucht zwölfmal auf. Das ist besonders deshalb erholsam, weil sich das DGB-Programm doch

auf die Traditionen der beiden Volksparteien, „den Zusammenschluß vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen der Gewerkschaften in der Einheitsgewerkschaft“, bezieht. So wurden die drei Grundwerte der beiden Volksparteien in der Einleitung des Programm-entwurfs gleich verdoppelt: „Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz leiten seit j eher unser Handeln“. Dem DGB sei Dank, daß er nicht auch die Schlagwörter Zukunft und Solidarität verdoppelt hat.

Etwas befremdlich ist es allerdings, daß bei jeder folgenden Aufzählung im Programm andere Grundwerte auftauchen, ob nun nachhaltiges Wachstum und ökologische Erneuerung oder am Schluß: „Solidarität, gegenseitige Hilfe und demokratische Selbstorganisation“. Hier sollte man wohl noch etwas konsequenter nachredigieren, um Klarheit zu schaffen, welches denn nun die verbindlichen Grundwerte sein sollen.

Statt wie die Volksparteien den Solidaritätsbegriff zu Tode zu reiten, wird hier häufiger von sozialer Gerechtigkeit und von Gleichheit oder auch vom Teilen geredet. Das zielt in die gleiche Richtung, ist aber oft handfester als der himmelblaue Solidaritätsschirm, den die Volksparteien über allem und jedem aufspannen wollen. Für die Schlußdebatte des Programms kann man deshalb nur hoffen: Programme sollen *Ziele* herausarbeiten, um sie voneinander unterscheiden zu können und nicht alles Wahre, Schöne und Gute der Welt versprechen, wozu die Volksparteien tendieren. Der Weg, das Programm noch weiter zu konkretisieren und die Grundwerte zu koordinieren, die jetzt noch hin und her fluktuieren, ist deshalb sicher der bessere.

Das heißt, die heilige Kuh Solidarität wird aus dem allgemeinen Verkehr gezogen und wieder dahin gestellt, wo sie hingehört: Als aktives und freiwilliges, und damit politisches Einstehen für andere, die es dringend brauchen. Mehr nicht. Das wäre schon viel.